

Sozial und gerecht geht anders!! Kommunen und Land fehlt das Geld für Aufgaben und Investitionen. Die reichsten 3 Prozent schwimmen im Geld und umgehen systematisch Steuern.

Was Kommunen und Land in NRW brauchen

1. Bedarfe in ausgewählten sozialen Bereichen:

➤ **Kindertagesstätten**

Es geht um den weiteren zügigen Ausbau (NRW ist Schlusslicht im Bundesgebiet!), kleinere Gruppen, den Ausbau der Ganztagsangebote, Vertretungsreserven, entsprechend mehr und angemessen bezahlte Erzieher*innen und Frühpädagog*innen, zusätzliche Anforderungen für die Integration der Kinder Geflüchteter.

➤ **Zusätzlicher Finanzbedarf NRW: Jährlich 2,35 Mrd. €**

(Quelle: „Bildungsfinanzierung der öffentlichen Hand – Gutachten der GEW, Schlussbericht Stand Februar 2016)

➤ **Wohnen**

Der Wohnungsneubedarf vor allem für sozialen Wohnraum in NRW beträgt mittelfristig (bis 2020) inklusive der zusätzlichen Anforderungen für Flüchtlinge 400.000 Wohnungen. Die soziale Wohnraumförderung muss vor allem über kommunale/ genossenschaftliche Wohnungsunternehmen verwirklicht werden. Dafür ist mindestens die Verdoppelung der Landesmittel nötig.

➤ **Zusätzlicher Finanzbedarf NRW: Jährlich mindestens 1 Milliarde €**

(Quellen: NRW-Bank, Mieterbund NRW 2015)

➤ **Lehrer*innen/Schulsozialarbeit berufs-, allgemeinbildende Schulen**

Es geht u. a. um Vertretungsreserven, die Anforderungen durch Inklusion, kleinere Klassen, Senkung der Pflichtstundenzahl, Anforderungen aus der schulischen Integration der Kinder der Geflüchteten, die vollständige Verwirklichung des Ganztagschulangebots, Netz von Schulpsycholog*innen und -sozialarbeiter*innen.

➤ **Zusätzlicher Finanzbedarf NRW: Jährlich 5,1 Mrd. €**

(Quelle: „Bildungsfinanzierung der öffentlichen Hand“ - Gutachten der GEW, Schlussbericht Stand Februar 2016)

➤ **Krankenhäuser**

Die Krankenhäuser in NRW sind strukturell unterfinanziert. Das Land ist für die Investitionen in die Infrastruktur und Technik zuständig. Die Landesinvestitionen betragen aktuell jährlich ca. 500 Mill. €, der tatsächliche Investitionsbedarf jedoch 1,5 Mrd. €.

➤ **Zusätzlicher Finanzbedarf NRW: Jährlich 1 Mrd. € -**

➤ **Hinzu kommt ein kumulierter Investitionsstau von 12,5 Mrd. €**

(Quelle: Studie „Investitionsbarometer NRW 2016“ des RWI im Auftrag des Bündnisses für gesunde Krankenhäuser 2016)

➤ **Verkehrsinfrastruktur des Landes**

Es geht um großen Sanierungsbedarf bei Autobahnen, Landstraßen (aktuell nur Mängelverwaltung) und Brücken. Z. B. rund 400 der 808 wichtigsten Autobahnbrücken müssen ersetzt werden – allein dies sind absehbare Kosten von 4,5 Mrd. €. Hinzu kommt der Sanierungs- und Ausbaubedarf bei Regionalbahnen und ÖPNV.

➤ **Zusätzlicher Finanzbedarf NRW: Jährlich mindestens 1 Mrd. €**

(Quellen: Kölnische Rundschau 18.05.2015, Städte- und Gemeindebund NRW 2016)

2. Investitionen in die Kommunale Infrastruktur

Der Investitionsrückstand für die kommunale Infrastruktur im gesamten Bundesgebiet beträgt für 2015 136 Mrd. € - anteilig für NRW mindestens 34 Mrd. €. Schwerpunkte sind Straßen/Verkehrsinfrastruktur, Schulen/Erwachsenenbildung, öffentliche Verwaltungsgebäude, Wasserver- und entsorgung, Sportstätten/Bäder.

- **Zusätzlicher Finanzbedarf NRW: Mindestens 34 Mrd. €**

(Quelle: Deutsches Institut für Urbanistik 2015 - Kommunalpaneel der KfW 2016)

3. Personal in Kommunen und Land

Vor allem in den vergangenen 15 Jahren wurden aufgrund der fehlenden Mittel und der Sparpolitik von Kommunen und Land Personal abgebaut, zunehmend befristete Stellen eingerichtet, Betriebsteile privatisiert oder gestrichen. Folgen: Es fehlt Personal bei der Verwirklichung der Aufgaben und der Umsetzung von Investitionen (z. B. aktuell beim Landesbetrieb Straßen).

Es geht um die komplette Ausfinanzierung der Personalhaushalte, den Stopp von Stellenstreichungen und -befristungen, die zügige Besetzung freier Stellen, die Schaffung neuer Stellen entsprechend den Bedarfen/Aufgaben, die angemessene Bezahlung der Beschäftigten, den Stopp von Privatisierungen bzw. Auslagerungen.

- **Zusätzlicher Finanzbedarf NRW für Kommunen und Ministerien: Jährlich mehrere 100 Millionen €**

4. Schulden/Schuldenabbau des Landes und der Kommunen

Das Land NRW hatte 2015 insgesamt 194,2 Mrd. € Schulden.

Die Landesschulden sind seit 2000 um fast das Doppelte gestiegen.

Die NRW-Kommunen hatten 2015 insgesamt 100,5 Mrd. € Schulden.

(davon 50,5 Mrd. € in nichtöffentliche kommunale Unternehmen ausgelagert)

Die kommunalen Schulden sind seit 2000 um das Doppelte gestiegen.

(Quellen: www.haushaltssteuerung.de und Ministerium für Inneres/Kommunales NRW)

Gesamtbild der zusätzlichen Finanzbedarfe in NRW:

- **Notwendige zusätzliche Mittel in den sozialen Bereichen :**
 - **jährlich zusätzlich mindestens 10 Mrd. €**

(wichtige Bereiche wie Kultur, Sozialpolitik, Hochschulen, Weiterbildung, Polizei, Umwelt sind darin noch nicht enthalten!)
- **Hinzu kommen zusätzliche Mittel für**
 - **fehlendes, notwendiges, fair bezahltes Personal (Kommunen und Land):**
 - **jährlich zusätzlich ? Mrd. €**
 - **Abbau des Investitionsstaus in Kommunen und Krankenhäusern:**
 - **insgesamt 46,5 Mrd. €**
 - **Schuldenabbau: ➤ jährlich zusätzlich ? Mrd €**

**All dies ist mit den vorhandenen Einnahmen nicht finanzierbar!
Die Finanzierung der Aufgaben der Kommunen, des Landes und der Investitionen in die öffentliche Infrastruktur geht nur mit zusätzlichen Einnahmen!**

Das Geld dazu ist da !

1. In Form des in den letzten 15 Jahren in nie dagewesener Weise gestiegenen privaten Reichtums:

Das Nettoprivatvermögen in Deutschland beträgt (Stand: Dez. 2016)

10,5 Billionen Euro

Das reichste Prozent besitzt davon 34 %

3,6 Billionen Euro

Das in Steueroasen versteckte Vermögen ist darin nicht enthalten!

(Quelle: www.vermogenssteuerjetzt.de)

Privater Reichtum ist immer privat angeeigneter Teil der gesellschaftlich produzierten Wertschöpfung. Insbesondere die oberen 1 bis 3 Prozent haben sich zulasten der Gesellschaft einen immer größeren Anteil angeeignet - zustande gekommen durch eine vor allem seit 20 Jahren betriebene Umverteilung von unten nach oben durch

➤ **Umverteilung von den Löhnen zu Gewinnen:**

Die Durchschnittseinkommen nahmen seit 1995 bis 2015 nur um 2,6 Prozent zu. Das Bruttoinlandsprodukt (Indikator für die gesellschaftliche Wertschöpfung) stieg in der gleichen Zeit real um rund 28 Prozent. **Allein seit 2000 sind über eine Billion € zugunsten der Gewinne umverteilt worden.**

(Quellen: <http://www.sozialpolitik-aktuell.de>, IMK der Hans-Böckler-Stiftung)

➤ **Umverteilung durch eine Steuerpolitik zugunsten der Unternehmen und Reichen:**

Die Steuerreformen zugunsten der Unternehmen und Reichen (besonders unter rot/grün und schwarz/rot) brachten **seit 2000 bis heute eine Umverteilung von fast 600 Milliarden €** zu deren Gunsten. Eine Summe, die Bund, Land und Kommunen seit 2000 weniger an Steuereinnahmen haben.

(Quelle: ver.di Abt. Wirtschaftspolitik)

2. Was der Gesellschaft durch systematische Steuerhinterziehung, Steuerbetrug, -umgehung und aggressive Steuerplanung durch Konzerne und Reiche an Einnahmen verloren geht :

Lt. europäischem Parlament und EU-Kommission in der EU:

pro Jahr schätzungsweise eine Billion Euro

Lt. NRW-Finanzminister Borjans 2013/2014 in Deutschland:

rund 160 Milliarden Euro

Die Deutsche Steuergewerkschaft schätzt allein den Einnahmeverlust durch Steuerhinterziehung auf 30 Mrd. € jährlich.

(Quellen: Entschließung des Europäischen Parlaments vom 21. Mai 2013 zur Bekämpfung von Steuerbetrug, Steuerflucht und Steueroasen, 2013/2060(INI), Positionspapier Steuerrechtlichkeit 2016 der SPD NRW)

Ein gerechtes Land geht anders! Es geht um (Rück-) Umverteilung durch eine andere Steuerpolitik jetzt !



Die Steuerpolitik gemeinwohlorientiert an folgenden Grundsätzen ausrichten:

- Die Steuereinnahmen müssen ausreichen, um die notwendigen staatlichen Aufgaben, vor allem die der Daseinsvorsorge, der sozialen Sicherung sowie der Zukunftsvorsorge und die Schaffung der dazu notwendigen öffentlichen Infrastruktur zu gewährleisten.
- Das Steuersystem muss gerecht sein:
 - Gering- und Durchschnittsverdiener entlasten
 - Vermögende und Reiche progressiv besteuern
 - Höhe der Unternehmenssteuern an der Finanzierung der von ihnen genutzten öffentlichen Infrastruktur ausrichten
- Steuerhinterziehung, -flucht und –umgehung durch Konzerne und Reiche verfolgen und austrocknen.

Die Profiteure der Umverteilung müssen ihren Teil zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben tragen und den durch Umverteilung und Steuerhinterziehung /– umgehung verursachten Investitionsstau in der öffentlichen Infrastruktur finanzieren!

Um welche Kernforderungen geht es:

- Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Millionärssteuer
- eine gerechtere und stärkere Erbschaftsbesteuerung
- Statt 25% pauschaler Abgeltungssteuer für Kapitalerträge: Gleichbesteuerung von Kapital- und Arbeitnehmereinkommen wieder einführen
- (Wieder-)Erhöhung der Körperschaftssteuer auf 25 bis 30 %
- Progressiv wirkende Neugestaltung der Einkommenssteuer
- Steuerflucht und –hinterziehung konsequent verfolgen – Finanzämter dort personell verstärken
- Einmalige Vermögensabgabe (vergleichbar Lastenausgleich) zur Finanzierung des öffentlichen Investitionsstaus

**REICH — UM
UMVERTEILEN**

Netzwerk NRW

Stand 13.03.2017

V.I.S.d.P.: Bündnis Reichtum umverteilen c/o Horst Kraft, Attac Düsseldorf, Himmelgeister Str. 107a